Das Leid niemals vergessen

Holocaust-Gedenkveranstaltung in der Kirche zum Guten Hirten in Rotenburg

Rotenburg (ww). Am 27. Januar 1945 wurde das Vernichtungs- und Konzentrationslager Auschwitz durch die Rote Armee befreit. Vor 14 Jahren bestimmte Bundespräsident Roman Herzog diesen Tag, um an die Opfer des Holocaust zu erinnern. Auch in Rotenburg gibt es traditionell eine Gedenkveranstaltung - ausgerichtet im Wechsel zwischen Rotenburger Werken und der Stadt.

Jutta Wendland-Park, Vorstandsvorsitzende der Werke, sprach in der Kirche zum Guten Hirten die Begrüßungsworte. Die Gedenkrede war Bürgermeister Detlef Eichinger vorbehalten. „Auschwitz steht als Symbol für ein in der Weltgeschichte einmaliges Verbrechen: für die systematische Vernichtung eines ganzen Volkes", erklärte er. Die Auslöschung des europäischen Judentums war das erklärte Ziel der Nazis. Schonungslos verfolgt wurden auch Sinti und Roma, Homosexuelle und geistig Behinderte. „Es bedurfte erst eines fürchterlichen Krieges, um die Welt und uns Deutsche von der nationalsozialistischen Barbarei zu befreien."

Das Leid und der Terror dürfen nie in Vergessenheit geraten. „Durch Leugnung oder auch nur durch Verdrängung der historischen Wahrheit machen wir uns schuldig", bekräftigte Eichinger. Auschwitz habe zu fast jeder deutschen Stadt eine furchtbare Beziehung des Mordens - so auch zu Rotenburg. „Gertrud und Hermann Cohn, Rotenburger Bürger, die ihre Heimatstadt 1939 verließen, weil sie hier nicht mehr arbeiten durften, wurden von Berlin nach Auschwitz deportiert. Wir wissen nicht, wie sie ums Leben gekommen sind. Es kann sein, dass sie den Transport wie Tausende anderer Menschen nicht überlebten. Wenn sie ihn überstanden, wurden sie gleich nach der Ankunft in der Gaskammer ermordet", stellte der Bürgermeister klar. Auch die beiden jüdischen Angestellten der Cohns wurden Opfer der Nazis.

> **„Durch Leugnung oder auch nur durch Verdrängung der historischen Wahrheit machen wir uns schuldig"**

Die Cohnsche Scheune wird gerade an neuer Stelle aufgebaut. Eichinger: „Erinnerung ist uns Verpflichtung. Besonders erwähnenswert ist das bürgerliche Engagement um diesen Wiederaufbau."

Im Mai 2005 wurden Stolpersteine vor dem Haus in der Großen Straße verlegt, das eng mit den Cohns verbunden ist. Drei Jahre später folgten Stolpersteine vor dem Diakoniekrankenhaus. Sie erinnern an Else Lisbeth Warnken und Adelheid Maria Nöbeling, die an den Folgen einer Zwangssterilisation verstarben.

Bewohner der Rotenburger Werke wurden gesondert deportiert - so wie Senta Storch, Hans Rosenbaum und Max Windmüller. „Mit der Verlegung von drei Stolpersteinen vor dem Haupteingang der Werke werden wir für immer an ihr Schicksal erinnert", so Eichinger. Viele Menschen mit Behinderung folgten ihnen. 549 Rotenburger wurden insgesamt ermordet. „Diese Einwohner unserer Stadt wurden vor ihrer Deportation ordnungsgemäß abgemeldet. Es handelte sich nicht um eine Geheimaktion." Ihre Namen sind im Totenbuch in der Kirche zum Guten Hirten nachzulesen.

„Rassismus, Antisemitismus und die Eliminierung von sogenanntem unwerten Leben waren Grundlagen der nationalsozialistischen Weltanschauung. Für uns besteht die besondere Verpflichtung, sich den menschenverachtenden Ideologien entgegen zu stellen", mahnt Eichinger. „Wir müssen die Kenntnis aus der Geschichte des Nationalsozialismus an die junge Generation weitergeben - und auch die ältere sollte ihr Wissen auffrischen. Denn Wissen kann Vorurteile verhindern. Noch immer existieren diese gegen Juden und Israelis. Erschreckend groß ist die Zahl derer, die Vorbehalte gegen Roma und Sinti heben. Und auch Homosexualität bleibt ein gesellschaftliches Tabu-Thema. Aufklärungsarbeit ist zu leisten", so Eichinger.

Am Mahnmal an der Kirche Zum Guten Hirten wurde ein Kranz niedergelegt, um der Opfer der NS-Gewaltherrschaft zu gedenken Foto: Woyke

Historische Aufklärung versage allerdings dort, wo Menschen auftreten, die den Nationalsozialismus rechtfertigen. „An dieser Stelle ist unser Engagement als Bürger gefordert. Wenn auch das nicht reicht, müssen die Möglichkeiten strafrechtlicher Verfolgung greifen. Organisationen mit nationalsozialistischen Zielen müssen verboten werden", fordert der Bürgermeister. „Rassismus und Antisemitismus dürfen in den Parlamenten keinen Platz haben. Es gehört zu unseren Aufgaben, die junge Generation zur Achtung der Menschenwürde und -rechte zu erziehen. Wir müssen ihr eine Perspektive in der demokratischen Gesellschaft bieten."